

Neue Zeitungen

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 508

Jahrgang 212

Morgenausgabe

Donstag, 14. Oktober

Preis: Die Zeitg. 38 mm breit mm-Blattgröße 20.4. Die Speig. 90 mm breite mm-Blattgröße 40.4. Abdruck nach Zus. Zeitungsamt Halle-Saale.
Geldstelle Berlin: Bernburger Str. 50. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Elster Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ehle Halle-Saale

Bezugspreis: Die halbjährliche und anderthalb Bezüge monatlich Mk. 2.00, vierteljährlich Mk. 1.00 für Haus. Durch die Post bezogen monatlich postl. Belegzahl.
Geldstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postdefonto Kreisstadt 20512.

Neueste Tagesnachrichten

- Die Revision der Mäusermäder wurde gestern vom Reichsgericht in Leipzig verworfen.
- In München hat gestern der zweite Geiselmordprozess begonnen.
- Die schwarzen Listen sind gemäß der Entscheidung des Reichsgerichts endgültig abgeschafft worden.
- General G. Eberhard ist im Weltkrieg eingezogen und hat seine neue Kommandostellung übernommen.
- Mit der letzten Presse hat Deutschland einen Vertrag mit Amerika abgeschlossen, der für die zukünftige Gestaltung der Handelsbeziehungen von grundlegender Bedeutung ist.
- Der Führer der russischen Westarmee besteht der aus Riga geflüchteten lettischen Regierung ein Ultimatum zu.
- Nach fiktionalen Meldungen befindet sich ganz Italien im Zustand gegen die Italiener.

Vor der Befreiung Schlesiens

Breslau, 13. Oktober.
Der Minister für Schlesien, Danzig, teilte einem Vertreter von „Politen“ mit, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich in der Mitte dieses Monats in Kraft treten werde, und daß sich eine Zege nach der Deutschland das gesamte Schlesiensgebiet in Schlesien, also einschließlich Danzig, geräumt haben müsse. Man rechne damit, daß die internationale Kommission Ende nächster Woche in Danzig eintrifft und sich mit der Abstimmung in der ersten Zone Mitte November befassen werde. Sobald die Abstimmung stattgefunden habe, habe Danemark das Recht, das Land sofort zu besetzen, obwohl es noch nicht dem dänischen Staat übertrage ist. Selbstverständlich werde Danemark von diesem Rechte Gebrauch machen. Auch die Abstimmung in der zweiten Zone werde beschleunigt werden. Nach dem Friedensvertrag soll sie spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone stattgefunden haben, aber, so der Minister, kann es sein, daß sie noch früher abgeschlossen werde, da es, falls, daß beide Abstimmungen vor Weihnachten vorgenommen werden würden. Danach werde die Kommission die Grenzlinie nach Süden festsetzen und sobald das gesamte Material nach Berlin senden, wo die endgültige Entscheidung getroffen werde. Nachdem ein Vertrag zwischen Deutschland und den Alliierten über Schlesien abgeschlossen worden sei, werde das Land freiwillig an Danemark übergeben werden.

Ein Brief des Kronprinzen Wilhelm

Wie der deutsche Kronprinz die politischen Verhältnisse während des Krieges betrachtet und wie er sich die weitere Zukunft denkt, läßt ein Brief erkennen, den er unter dem 18. August dieses Jahres an den Wittenerer Arnold Reberg, seinen früheren Ordnungsoffizier, antwortend an dessen Aufträge in der „Lützlichen Rundschau“, geschrieben hat.

Den 18. August 1919.

Mein lieber Reberg!
Sie haben in Ihrer Zeit zu verschiedenen Malen in höherer und niedrigerer Art die Verhältnisse, welche von den verschiedenen Seiten über mich erlassen sind, durch Ihren besten Rat und Ihre Unterstützung durch Ihre eigenen Bemühungen mit mir besprochen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß Sie Ihre Zustimmung für mich nicht ohne Bedenken gegeben, wie ich schon lange vor dem Krieg auf die diplomatische Einseitigkeit der Sache, um Mittel und Wege zu finden, die immer noch besser auf die Verhältnisse des Krieges zu besichtigen. Diese es unseren Staatsmännern gelungen, den Krieg zu vermeiden, dann wäre Deutschland Entschädigung eine Menge gut geflossen. Infolge innerer Schwächung vor dem Krieg eine geordnete, unsere Landwirtschaft und unsere Industrie waren im Aufschwung, unsere soziale Gesetzgebung hatte den Grund zu einer glücklichen Gestaltung der Arbeiterfrage gelegt. Das Deutsche Reich würde sicher der modernen Entwicklung vorausgeschritten sein, und das alles war durch das Ansehen des Reiches gesichert. Sie erkennen sich sicher noch untrübe die Gründe nach der Schlacht an der Marne, die nur durch die Kuppelung und durch das Versagen der damaligen Obersten Heeresleitung zu einem so empfindlichen Mißerfolg wurde. Der Schicksalsplan jedoch endgültig an der Marne, durchbrochen war er schon im Aufbruch. Es war mir somit bereits im Herbst 1914 klar, daß der Krieg kein militärisch nicht mehr zum erfolgreichen Ende geführt werden konnte. Meine Ansicht, daß daraus ein baldiger Friede anzustreben sei, habe ich oft genug zum Ausdruck gebracht. Mein damaliger Wunsch, einen Friedensvertrag mit Frankreich zu schließen, hervorgehoben worden — und wie Sie wissen, nur das befür, einen solchen Frieden möglich, Opfer zu bringen —, dann wäre das nicht nur für Deutschland, sondern, wenn man die ungeheuren Menschenverluste und die durch den Krieg verursachte Zerstörung des Landes in Rechnung stellt, auch für das französische Volk weitlich glücklicher gewesen als das schicksalhafte Resultat des Krieges. Je länger aber der Krieg dauerte, um so mehr mußte ich erkennen, daß die ein-

schärfere Voraussetzung für eine glückliche Beendigung des Kampfes, nämlich eine zielbewußte politische Leitung, welche die Energie unserer Gegner gegen Entschlüsse gefaßt hätte, überhaupt festließe. Sie können sich schwer einen Begriff davon machen, noch ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Erkenntnis dieser Verhältnisse gelitten habe. Auch zu dem Entschluß, den Frieden mit England auf dem Wege eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Gegensätze zu suchen, führte der einheitliche politische Wille. So kam, doch kommen mußte. Ich habe auch einen vergeblichen Kampf gegen die meines Erachtens unrichtige Behandlung unserer öffentlichen Meinung geführt, denn ich sah, daß wir schon lange in einem Zerwürfniß verfangen waren. Man konnte sich also meines Erachtens nicht über den gänzlichen Zusammenbruch in der Heimat wundern.

Nach ich hätte schon gerne einmal etwas über die Dinge, die ich weiß, veröffentlicht. Ich möchte aber nicht den Anschein erwecken, als gehöre ich zu denen, welche, wie es jetzt in Deutschland so oft geschieht, die Schuld am bevorstehenden Krieg auf andere schieben wollen. So werde ich zunächst mich damit bescheiden, daß ich es manchmal nicht bei allem zu schweigen, vor allem nicht, wenn mir borgenommen wird, ich habe zur Befreiung des Reiches beigetragen, was zu überlegen mir aus Grund authentischen Materials leicht wäre. Momentan scheint ja in Deutschland überhaupt kein günstiger Boden für ruhige und unparteiische Beurteilung irgendwelcher Fragen zu sein, und solange die Deutschen über der Parteilichkeit das große nationale Gefühlsvermögen vergraben ist, keine feine Beurteilung möglich. Aber auch die politischen Richtungen der anderen Staaten scheinen sich mehr und mehr zu verwirren, und es macht fast den Eindruck, daß nirgends klare und fruchtbarere Ziele verfolgt werden. Niemand kann daher sagen, ob und wann Europa aus dieser Lage kommen wird. Das kann meines Erachtens nur dann geschehen, wenn eine Lösung gefunden würde, welche den Interessen aller Nationen in soweit als irgend möglich gerecht wird und welche die Sicherheit gegen erneute Kriege in sich trägt.

Mit den herzlichsten Grüßen Ihr getreuer und dankbarer
geg. Wilhelm.

Ein Ultimatum an Letland

Reval, 13. Oktober.
Nach der vorliegenden Meldung sandte Bernadotz der lettischen Regierung ein Ultimatum, in dem er eine vollständige Neutralisierung ihrer Küste verlangte. Die lettische Regierung überließ sich nach Rücksprache gegenwärtig mit Riga noch in letzlichem Bedenken. Das lettische Vorkriegsministerium: Angriffe in Richtung Riga, Friedrichshafen und die unter Teilnahme von Banerjungen und Angehörigen der lettischen Küstenwache in Richtung auf die Küste der Riga geschickte. Die lettische Regierung richtete ein Hilfsgebet an die Alliierten, die Polen und Estland.

Die lettischen Truppen haben sich jetzt das rechte Ufer der Düna, Estland und Letland zurück anzuheben und sandte einen Botschafter, der an den Oberbefehl teilnahm. Offizielle Kriegsfahrzeuge sind zusammen mit den Kriegsschiffen der Ostsee vor Reval nach Riga gefahren.
General Jubenitsh hat Bernadotz als Botschafter ernannt und eine Reihe Offiziere zum Aufbruch aufgefordert. Ostententeunliche russische Kreise und die Letzungen urteilen ebenso. Unter den Offizieren und Mannschaften der Nordwestarmee scheinen hingegen harte Stimmungen für Bernadotz vorhanden zu sein, so daß die lettische Regierung bereit vorwärts ist und eine weitere Übernehmung des russischen Militärs anordnet hat. — Die Nordwestarmee melbet Fortschritte gegen Westland.

Wien, 12. Oktober.

Oberst Wasslow-Bernadotz, der Oberkommandierende der russischen Westarmee, hat folgenden Botschaft an General Denikin in Riga geschickt:
Am 8. und 9. Oktober haben meine Truppen vor Riga die lettischen und estnischen Kräfte aus dem Haupt geschlagen. Diese waren dazu bestimmt, mich anzugreifen und die von mir aufgestellte freiwillige russische Westarmee aus Riga zu verdrängen. Zudem ist damit meine Basis gesichert, wobei ich, so bald die estnische Regierung bereit vorwärts ist und eine weitere Übernehmung des russischen Militärs anordnet hat. — Die Nordwestarmee melbet Fortschritte gegen Westland.

Der zweite Geiselmordprozess

München, 13. Oktober.
Vor dem Münchener Volksgericht begann heute der zweite Geiselmordprozess. Angeklagt sind der Kellerer Ewald Debus, der Angewandte Rudolf Reiner, der Hilfsarbeiter Alois Sammerfeld und der russische Staatsangehörige Studer Andreas Strelens. Die letzteren drei stehen unter der Anklage, gemeinschaftlich mit anderen vorzüglich Russen getötet und die Tötung mit Überlegung ausgeführt zu haben.
Der Sachverhalt bezieht sich auf die drei letzten Angeklagten die Todesstrafe, gegen Debus 15 Jahre Zuchthaus. Die Urteilsverkündung durch Oberlandesgerichtspräsident Kull, der auch den ersten Geiselmordprozess leitete, erfolgt morgen.

Zur Reform der höheren Schule

Von
Oberlehrer Rudolf Sellheim.
Die Einheitschule im Sinne gewisser Schulreformer lehnt nach untern Ausführungen in Nr. 493 der „S. Z.“ die Halleische Oberlehrerschaft ab, legt es aber für eine drei- bis vierjährige einheitliche Grundschule ein. Das ist wenigstens die Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Lehrerschaft an den höheren Schulen Halle, während es natürlich auch Anhänger der bisher bestehenden Verhältnisse gibt und auch solche, deren Reformvorstellungen weit über das angebotene Maß gehen. Stellen wir heute zusammen, wie sich diese Kreise den Reformen an höheren Schulen gegenüber verhalten.

Schon seit Jahr und Tag lassen sich Rufe nach einer Reform der höheren Schulen hören. Abmohl auf der anderen Seite das deutsche Schulwesen selbst für andere Länder als Vorbild gilt. Im Anfang des Weltkrieges verurteilten dann zunächst solche Kräfte, wie denn doch die deutschen Zeitungen in ihm auch den deutschen höheren Schulen das beste Zeugnis auszusprechen. Allein, bald bricht der Reformeifer mit neuer Wucht hervor, und was dann an Plänen und Vorläufen an die Öffentlichkeit getreten ist, geht nicht ohne erhebliche, aber radikalen Veränderungen jetzt man sich nur in Halle abzuholen, wohl aber erkennt man die Notwendigkeit der Abstellung gewisser Zustände an, die sich zunächst im äußeren Aufbau, dann auch im Unterrichts- und Lehrbetrieb der Schule als reformbedürftig erweisen oder den veränderten Zeitumständen nicht mehr genügend Rechnung tragen. Inwiefern hält man entgegen anderen Plänen ein neuartiger Aufbau der höheren Schule grundförmlich fest, vermag sich auch nicht mit dem Gedanken zu befriedigen, die erste Fremdsprache erst in Quinta beginnen zu lassen. Denn durch die solche Maßregel wird der Aufbau tatsächlich unfähig, und es ist lediglich eine Selbsttäuschung, wenn man die Sexta ohne Fremdsprache nur zur höheren Schule rechnet. Durch eine Verschiebung des fremdsprachlichen Anfangsunterrichtes muß sich aber notgedrungen das gesamte Ziel der höheren Schule verschieben. Und das bedeutet wohl eine Veränderung ihrer Leistungsfähigkeit. Dagegen aber wollen sich die meisten Philosophen wenden, gegen die Idee gegen das Zeugnis, das sich in der Vermittlung der log. allgemeinen Bildung befindet. Ziel und fallige Streben ist enthalten aus folgender Auslegung des an sich höchst wertvollen Humanitätsbegriffes und stellt sich dar als eine Erziehung zur Oberflächlichkeit und Vielwässerigkeit. Inwiefern handelt es sich für uns Deutsche darum, in Zukunft mehr denn je Persönlichkeiten mit feinem, sittlichem Willen und guten, sicheren Kenntnissen heranzubilden, nicht aber Leute, die in allen Saiten gerückt sind, arbeiten muß unter Zugzwang wie das gesamte deutsche Volk lernen, sie muß wohl dieses Qualitätsarbeit leisten, nicht aber in allen Fächern gerade „genügend“ haben. Daher hat man sich in untern Kreisen auf den Satz geeinigt: Keine höhere Schule hat gleichzeitig mehr als zwei verbindliche Fremdsprachen. Denn es ist ein Unwahn, neben all den anderen Fächern drei fremde Sprachen zu verlangen; darunter muß die Grundförmlichkeit des Unterrichtsgebietes und die geistige Leistungsfähigkeit wie auch das persönliche Binden des heranwachsenden Geistes leiden. Geht es gibt praktisch außerordentlich befähigte Köpfe; ihnen bleibt es unbenommen, sich in Zukunft an besonderen, von der Schule einmündeten Lehrgängen freiwillig zu beteiligen. So haben wir es schon heute am Gymnasium A. B. mit dem Griechischen, an der Oberrealschule mit dem Latein. Auf Grund des angeführten Satzes läßt sich auch die Eigenart jeder der höheren Schulgattungen wieder betonen; so wird das Gymnasium wieder die Schule, die ihre besondere Aufgabe darin zu erfüllen hat, die Jugend in erster Linie für die Hochschule vorzubilden und ihren Schülern die fortlaufenden Kulturverhältnisse und ihrer Zeit unter Verbeugung ihrer Bedeutung für unser deutsches Volk aufzuweisen. Denn es erscheint als selbstverständlich — wie auch zum Ausdruck kam —, daß das Gymnasium die altpraktisch-historischen, die Oberrealschule die neupraktisch-mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer betreibt, während das Realgymnasium seiner Vermittlungsrolle entsprechend eine alte (Latein) und eine neue Fremdsprache lehrt. Welches nun die Zeit sein soll, darüber ist keine Entscheidung gefallen. Bisher haben ja die höheren Schulen, die mit einer modernen Fremdsprache diesen Unterricht begannen (Oberreal- und Reformschulen), in überwiegender Menge mit Französisch eingelegt. Dahin weist die geschichtliche Entwicklung der Schulen, dahin weisen die kulturellen Zusammenhänge. Aber gerade der Weltkrieg hat in dieser Richtung bei nicht wenigen einen Umschwung herbeigeführt. Entsprechend der Bedeutung des Englischen, besonders auch für uns Deutsche in Zukunft, soll jetzt — so wünschen diese Kreise — die englische Sprache in den Vordergrund gerückt werden. Für das Gymnasium aber bedeutet der Fortfall der dritten verbindlichen Fremdsprache seine Beschränkung auf Latein und Griechisch. Sie sind nun einmal das Merkmal dieser Schulgattung; fehlt eine, so haben wir kein Gymnasium mehr. Deshalb bleibt doch dem einzelnen Schüler, der Lust und Fähigkeit besitzt,

